

Sehr geehrte Redaktion der "Berliner Zeitung",

auf meinen Leserbrief vom 25.7.2014, in dem ich die Bezeichnung "Buchstäblich gerungen wird in Kiew um politische Positionen" für ein Foto aus dem ukrainischen Parlament kritisiere, weil darauf klar zu sehen ist, dass ein Abgeordneter geschlagen wird, möchte ich noch einmal zurückkommen.

Inzwischen habe ich aus anderen Medien erfahren, dass es sich bei diesem Vorfall augenscheinlich darum gehandelt hat, wie ein Abgeordnete der faschistischen "Swoboda"-Partei den Vorsitzenden der Kommunistischen Partei, Simonenko, geschlagen hat, der danach aus dem Plenarsaal gezerrt wurde. Auch "dpa" hat diesen Übergriff als "tumultartige Szene unter Beteiligung der Kommunisten" bezeichnet, ohne die Schläger zu benennen. Die Botschaft: Die Kommunisten am Tumult beteiligt. Kein Wort über die Täter. Das schafft Stimmung. Wem nutzt es?

Wie weiterhin bekannt ist, wurde die Kommunistische Partei als Fraktion für aufgelöst erklärt. Die Abgeordneten der KP der Ukraine werden im Parlament systematisch am Reden gehindert. Ein Verbot der Partei wird vorbereitet. Das alles geschieht unter führender aktiver Beteiligung ukrainischer Faschisten in Parlament, Regierung und Regierungsapparat, Polizei, Militär und Geheimdienst. Das wird verschwiegen und verharmlost.

Man muss die Politik der KPU in der Vergangenheit und auch in der Gegenwart nicht für richtig halten, aber ihre Abgeordneten aus dem Parlament zu zerrn, sie am Reden zu hindern, ihrer Partei den Fraktionsstatus abzuerkennen und ihr Verbot vorzubereiten, das erinnert mich doch sehr an die überlieferten Vorgänge der 30er Jahre im deutschen Reichstag während der Machtübergabe an die Nazis.

Zumindest nachträglich, nach zwölf Jahren Faschismus, sechs Jahren Zweiter Weltkrieg und über 40 Jahren deutsche Teilung, könnte - zu solchen bekannten diktatorischen Erscheinungsformen aus der von konservativ-deutschnationalen und militaristischen Kräften unterstützten Nazi-Herrschaft - doch eine politisch sensiblere Einstellung vermutet werden, die zu ausgewogener Information einer demokratischen Öffentlichkeit führt.

Bei der Redaktion der "Berliner Zeitung" offenbar nicht?

Ich will mich hier nur auf diesen einen Vorgang, auf das abgebildete Foto mit Text im Bericht von Ulrich Krökel "Ukraine vor Neuwahlen" beziehen, obwohl ich in letzter Zeit in der Berichterstattung auch der "Berliner Zeitung" - im Vergleich mit anderen zugänglichen Informationen - einen selektive Berichterstattung über die Ukraine ausmachen musste, die leider auch in dem größten Teil der deutschen Medien einschließlich Fernsehen festzustellen ist, und frage Sie:

Halten Sie diese - in der Bildunterschrift nachweislich zum Ausdruck kommende - einseitige, die Gewalt im Parlament der Ukraine verharmlosende und die Täter verschweigende Berichterstattung für objektiv?

Dazu bitte ich Sie um eine Stellungnahme.

Freundliche Grüße,
Rainer Knirsch

Der erste Leserbrief vom 25.07.2014 an die Berliner Zeitung

Liebe Redaktion,

würde das Bild aus dem ukrainischen Parlament, "Buchstäblich gerungen wird in Kiew um politische Positionen", so verharmlosend auch unterschrieben werden, wenn es aus dem Deutschen Bundestag stammte? Zu sehen ist eindeutig, wie ein Abgeordneter geschlagen wird. Ich vermute, es ist ein Abgeordneter der Kommunistischen Partei, die verboten werden soll. Dass Lesende dies an den Machtantritt der Nazis im deutschen Reichstag erinnern könnte, soll wohl vermieden werden. Und dass Faschisten nicht nur im ukrainischen Parlament, sondern auch in ukrainischer Regierung und im Regierungsapparat wirken, davon wird so wieder mal abgelenkt. Eine objektive Berichterstattung über die Ukraine ist das nicht. Das fällt mir leider auch in meiner "Berliner" immer wieder auf.

Freundliche Grüße,
Rainer Knirsch